

Eurospots



Schlaglichter aus dem Herzen Europas



Aus dem Inhalt...

Dezember 2005

- **Schwerpunkte im Dezember in Straßburg**
- **Der EU-Haushalt für 2006**
- **Neue Vorschläge zur Weiterentwicklung der EU**
- **Europawoche 2006**

Liebe Leserinnen und Leser,

wie im Flug ist dieses Jahr vergangen, in Deutschland und Europa sind wichtige Entscheidungen gefallen. Unsere neue Bundeskanzlerin Angela Merkel hat ihre ersten Schritte in dieser Funktion auf europäischer Ebene erfolgreich hinter sich gebracht (Paris-Brüssel-Warschau-London-Barcelona).

Eine Woche vor Weihnachten findet die britische Ratspräsidentschaft mit der Tagung des Europäischen Rates ihren politischen Abschluss - ob es auch ein Höhepunkt wird, ist zweifelhaft. Der jüngst vorgelegte Vorschlag zur finanziellen Perspektive 2007-2013, im deutschen Sprachgebrauch die "mittelfristige Finanzplanung" der EU, ist im Europäischen Parlament und vielen Mitgliedstaaten auf Ablehnung gestoßen. Er befriedigt letztlich allenfalls eine Anzahl von Einzelinteressen, lässt aber die Perspektive für die EU insgesamt vermissen: Mehr Mitgliedstaaten, mehr Aufgaben, weniger Geld - das passt nicht zusammen. Die gleichen Regierungen, die notwendigerweise z.B. das EU-Engagement in Krisengebieten verstärken, wollen nicht dafür zahlen. Dort, wo es wie bei der Forschungsförderung einen echten Mehrwert bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit gibt, würden Mittel fehlen. Die neuen Länder, die am meisten brauchen, werden kurz gehalten. Im Bereich Landwirtschaft wird bis 2013 nicht gekürzt.

All das ist eine erste Bewährungsprobe für unsere neue Kanzlerin, die letztlich in die Fußstapfen von Helmut Kohl treten muss. Meine Einschätzung ist, dass es besser wäre, ab Januar unter österreichischer Präsidentschaft zu Ende zu verhandeln - nicht nur, weil wir uns mit den Österreichern "besser verstehen".

Bis dahin haben wir uns alle ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins Neue Jahr verdient. Ich danke allen für das Interesse an Europa und für die gute freundschaftliche Zusammenarbeit.

Auf bald in Hessen und Europa !

Ihr

Impressum

Michael Gahler
Europäisches Parlament
ASP 10 E 217
B-1047 Brüssel
Tel.: 0032-2-284 59 77
Fax: 0032-2-284 99 77
mgahler@europarl.eu.int

Regionalbüro Süd- und
Westhessen
Am Marktplatz 19
D-64521 Groß-Gerau
Tel.: 06152-93 25 94
Fax: 06152-93 25 93

Schwerpunkte der Dezember - Plenartagung des Europäischen Parlaments

Auf der letzten Plenarsitzung des Europäischen Parlaments im Jahr 2005 steht eine Vielzahl wichtiger Themen auf der Tagesordnung.

Am Montag wird unter anderem der Bericht zur Energieeffizienz debattiert. Ziel der Richtlinie ist es, Energie zu sparen und effizienter zu nutzen.

Am Dienstagvormittag findet die Debatte zum Haushalt 2006 statt. Nach einer vorhergehenden Einigung der Unterhändler von Rat und Parlament soll dieser sich auf 1,01% des Bruttonationaleinkommens der EU belaufen, was 111,969 Mrd. Euro entspricht.

Der umstrittene Bericht zur Vorratsspeicherung von Kommunikationsdaten steht am Dienstagnachmittag auf der Tagesordnung. Darin unterstützt der zuständige Ausschuss das Ziel der Vorratsdatenspeicherung zur Verbesserung der Terrorismusbekämpfung, jedoch müsse der Datenschutz in jedem Fall gewährleistet werden.

Im Anschluss daran findet die Debatte zum Jahresbericht des Rates über die Menschenrechte, zur Situation der Menschenrechte und der Pressefreiheit in Tunesien sowie zur Lage in Tschechien nach den Wahlen statt.

Zwei wichtige Verkehrsthemen werden diskutiert: Zum einen die Revision der Eurovignetten-Richtlinie. Parlament und Rat konnten sich auch hier im Vorfeld auf Kompromisse zur Erhebung von Gebühren für die Benutzung bestimmter Verkehrswege durch Lkw verständigen. Zum anderen ein Bericht, der sich mit den Rechten behinderter Menschen und Personen eingeschränkter Mobilität bei Flugreisen befasst. Diesen darf die Beförderung nicht verweigert werden und zudem muss ihnen unentgeltlich Hilfe am Flughafen angeboten werden, so dass sie den Luftverkehr nutzen können.

Die Aussprache zu staatlichen Beihilfen als Instrument der regionalen Entwicklung rundet den Dienstag ab. Der Regionalausschuss verlangt unter anderem, für Betriebsverlagerungen keine EU-Förderung vorzusehen.

Am Mittwoch werden Rat und Kommission Erklärungen zur Vorbereitung des Europäischen Rates von Brüssel am 15./16. Dezember abgeben. Die britische Ratspräsidentschaft wird dabei durch

Europaminister Douglas Alexander vertreten. Kommissionspräsident José Manuel Barroso wird für die Kommission sprechen.

Am Mittwochmittag findet während einer feierlichen Sitzung die Verleihung des Sacharow-Preises für geistige Freiheit 2005 statt. Der Preis geht an "Damen in Weiß" aus Kuba, Hauwa Ibrahim aus Nigeria sowie die Organisation "Reporter ohne Grenzen". Der Sacharow-Preis wird vom Europäischen Parlament seit 1988 verliehen und ist mit 50.000 Euro dotiert. Dabei steht noch gar nicht fest, ob das kubanische Regime die "Damen in Weiß" überhaupt ausreisen lassen wird.

Eine Debatte zu Geheimflügen des US-Geheimdienstes CIA sowie zu angeblichen Geheimgefängnissen in Europa findet am Mittwochnachmittag statt.

Daran schließt sich die Aussprache zu den Berichten über den Stand der Beitrittsvorbereitungen Bulgariens und Rumäniens an. Bulgarien sieht der Auswärtige Ausschuss auf der Zielgeraden, während der Beitritt Rumäniens 2007 skeptischer gesehen wird.

Der EU-Haushalt für 2006 - 1,01% des Bruttonationaleinkommens (BNE)

Nach zähen Verhandlungen konnten sich Parlament und Ministerrat auf den EU-Haushalt 2006 einigen. Der Haushaltsentwurf sieht Mittel in Höhe von 1,01% des Bruttonationaleinkommens (BNE) für 2006 vor.

Die Summe für die Zahlungsermächtigungen beläuft sich auf € 111,969 Mrd., was etwa 1,01% des Bruttonationaleinkommens der EU entspricht.

Der Berichterstatter des Europäischen Parlaments für den Haushalt 2006, Pitella, sagte, das Ergebnis sei "wichtig im Hinblick auf die bevorstehenden Verhandlungen über die nächste Finanzielle Vorausschau. Die für 2006 festgelegten Ausgaben sind höher als jene, welche in den Kompromissen von Luxemburg und Großbritannien für 2007-2013 vorgesehen waren".

Zu beachten ist, dass im Falle des Scheiterns der Verhandlungen über die nächste Finanzielle Vorausschau der Haushalt 2006 als Verhandlungsbasis dient. Der vereinbarte Wert von 1,01% stellt eine Erhöhung im Vergleich zu 2005 dar. 2005 wur-

den Ausgaben in Höhe von 1% des Bruttonationaleinkommens festgesetzt.

Landwirtschaft

Der Haushaltsausschuss bedauert die vom Rat vorgenommenen Kürzungen im Bereich der Direktzahlungen für die Gemeinsame Agrarpolitik. Die Abgeordneten sind jedoch erfreut darüber, dass die Mittel für das Programm "Food for poor people" erhöht wurden.

Strukturmaßnahmen

Parlament und Rat haben beschlossen, die Ausgaben in diesem Bereich nicht zu erhöhen, da die Durchführung von Strukturmaßnahmen in den neuen Mitgliedstaaten weniger schnell voranschritt als vorhergesehen war. Des Weiteren wurde vereinbart, dass es, wie bereits im Haushalt 2005, möglich sein wird, zusätzliche Fördermittel für Strukturmaßnahmen in den neuen Mitgliedstaaten aufzubringen, falls dies im Laufe des Jahres notwendig werden sollte.

Interne Politikbereiche

Der Rat hat die vom Parlament verlangten € 100 Mio. für zusätzliche Fördermittel für eine Reihe von Programmen, die direkt den Bürgern zugute kommen und entscheidende Bestandteile der Lissabonstrategie darstellen, bewilligt: LIFE, Socrates und andere Programme im Bereich Forschung, KMU, Jugend und Kultur. Außerdem schlägt der Haushaltsausschuss vor, einen Teil der Reserven, die von der Kommission für deren Informations-Haushalt geplant waren, freizugeben. Die Abgeordneten hatten die Ausführung in der Ersten Lesung als "nicht zufrieden stellend" beurteilt.

Außenpolitik

Für den Bereich Außenpolitik sind € 275 Mio. mehr als in der derzeitigen Finanziellen Vorausschau vorgesehen, die mit Hilfe des Flexibilitätsinstruments (das die Aufstockung der Mittel für unvorhergesehene, einmalige Posten erlaubt) beschafft werden sollen. Dies war einer der größten Streitpunkte während der Verhandlungen zwischen Parlament und Rat (der Rat bestand auf ein Maximum von € 200 Mio.). Durch Einsatz des Flexibilitätsinstruments wird es möglich sein, den Wiederaufbau im Irak finanziell zu unterstützen sowie Ländern, die im Dezember 2004 vom Tsunami betroffen waren, finanziell zu helfen. Des Weiteren sollen AKP-Länder (Afrika, Karibik und Pazifik), die durch die Zuckermarktreform betroffen sind, finanziell stärker unterstützt werden, und es soll mehr Geld für die Gemeinsame

Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) zur Verfügung gestellt werden. Diese Entscheidungen fanden Berücksichtigung im Bericht von Reimer BÖGE (EVP-ED/CDU, DE) über die Mobilisierung des Flexibilitätsinstruments. Insgesamt steigen die Mittel für die GASP für das Jahr 2006 um 102,6 Mio. €, dies entspricht einer Erhöhung von 40 Mio. im Vergleich zum Haushaltsvorentwurf für 2006. Es wurde außerdem vereinbart, dass ab nun alle drei Monate ein politisches Treffen zwischen Parlament und Rat stattfinden, um sich über die GASP-Aktivitäten auszutauschen.

Sonstiges

Das Europäische Parlament steht weiterhin zu dem in der Ersten Lesung zu den administrativen Ausgaben vertretenen Standpunkt. Dementsprechend wird eine Reserve in Höhe von € 16 Mio. für das Personalbudget der Kommission beibehalten bis bestimmte Parlamentsbedingungen erfüllt sind.

Neue Vorschläge zur Weiterentwicklung der EU

Es war ein ereignisreiches Jahr in der Geschichte der Europäischen Union, in mancherlei Hinsicht auch krisenbehaftetes. Dennoch stehen in diesem Jahr den gescheiterten EU-Verfassungsreferenden und dem bisherigen Scheitern der Verhandlungen über den Haushalt 2007-2013 zahlreiche ermutigende Entwicklungen gegenüber.

Die positive Fortentwicklung der Integration auf unserem Kontinent zeigt sich an der intensiven Prüfung und Begleitung Rumäniens und Bulgariens auf ihrem Weg zur Vollmitgliedschaft, während die Beitrittsverhandlungen mit Kroatien und der Türkei gerade begonnen haben. Insbesondere die umfassende Kooperation Kroatiens mit dem Kriegsverbrechertribunal in den Haag, nachträglich unterstrichen durch die Festnahme des mutmaßlichen Kriegsverbrechers Ante Gotovina in Spanien und damit nachweislich nicht in seinem Heimatland, geben Anlass zu Zuversicht für die weitere Heranführung der Beitrittsstaaten an die Europäische Union. Dies ist umso wichtiger, als sich weitere Staaten auf dem Balkan anschicken, die Reformen durchzuführen, die sie dem Status eines Beitrittslandes näher bringen.

Es gibt im Europäischen Parlament Überlegungen, eine Form von engerer Zusammenarbeit zu etablieren, die an den Europäischen Wirtschaftsraum anknüpft, jedoch weniger als eine EU-Mitgliedschaft bietet. Zwischen dem Status eines EU-Nachbarschaftslandes und einer Vollmitgliedschaft

angesiedelt, könnte durch solch einen Zwischenschritt auf einigen Themenfeldern bereits enger kooperiert werden, während auf anderen Gebieten mehr Zeit und bessere Perspektiven für die Umsetzung der notwendigen Reformen auf dem Weg zum Beitritt eingeräumt werden. Für manche Kandidatenländer könnte sich sogar erweisen, dass ihnen eine derartige Zusammenarbeit mehr nützt, da sie Kooperation ermöglicht wo sinnvoll, aber auf Überforderung durch hohe EU-Kriterien verzichtet, welche das betreffende Land eventuell gar nicht oder zunächst nicht erfüllen könnte.

Die Kommission hat mit ihrem Reflexionsprogramm "Plan D" - Demokratie, Dialog und Diskussion - eine konstruktive Auseinandersetzung mit der Zukunft der europäischen Integration angeregt. Diese Zeit der Reflexion soll zu einer klaren Bestandsaufnahme der Bedürfnisse und Erwartungen der europäischen Bürger führen. Daher soll dieser Prozess zu einer öffentlichen Debatte über die Zukunft der Europäischen Union anregen. Nur so kann die Wahrnehmung Europas wieder verbessert werden, sein wirtschaftliches und soziales Potenzial voll entfaltet und seine politische Rolle in der Welt klar definiert werden. Trotz negativer Referenden zeigen die allorts anzutreffenden konstruktiven Debatten über die Europäische Verfassung das Interesse an einem gemeinsamen europäischen Projekt. Der Plan D muss nun einen neuen Konsens über Europa schaffen, die Kritik und Anliegen seiner Bürger ernst nehmen und nach dann adäquaten Lösungen suchen.

Einen derartigen Beitrag leistete jüngst der belgische Premierminister Guy Verhofstadt. Er spricht in seinem "Manifest für ein neues Europa" notwendige Reformen und Neuerungen unmissverständlich an und ermutigt europäische Bürger wie Politiker, dem einmaligen europäischen Projekt neue Stärke zu verleihen. Er betont die Wichtigkeit, die Idee der Integration vehement voranzutreiben. Für ihn gehören dazu neben einer glaubwürdigen gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik auch eine umfassende Wirtschafts- und Sozialstrategie gemäß den Herausforderungen der Globalisierung. So könnten neben einer Reform der Finanzierungsmechanismen beispielsweise mehr Gelder für Forschung und Innovation zur Verfügung gestellt werden. Europa müsse seine Kernaufgaben wahrnehmen und dennoch stets die jeweiligen kulturellen Eigenheiten seiner Mitgliedsländer respektieren. So

sieht Verhofstadt auch keinen Widerspruch darin, wenn einige Kernländer die Integration schneller vorantreiben. Ziel sei dabei nicht die Ausgrenzung anderer Mitgliedsländer, denn jeder könne an diesem Integrationsschub teilnehmen. Nur wenn wir einig und tatkräftig auftreten und Solidarität untereinander üben, dann werden sich auch das schwache Wirtschaftswachstum, die Arbeitslosigkeit und die Kriminalität in den Griff kriegen lassen, meint Verhofstadt.

Europawoche 2006 - auch in Hessen

Vom 5. bis zum 14. Mai 2006 findet auch in Hessen die bundesweite Europawoche statt. Das Europäische Parlament hat die Themenschwerpunkte "Reform der Europäischen Union" und "Verfassungsvertrag" vorgegeben. Die Europawoche kann dazu beitragen, den Bürgerinnen und Bürgern das Thema Europa durch ein vielseitiges Informations- und Diskussionsangebot vor Ort näher zu bringen und die damit verbundenen Änderungen zu vermitteln.

Darüberhinaus kann die Europawoche zum Ausbau von Partnerschaftsnetzen auf regionaler und kommunaler Ebene genutzt werden, zum Beispiel durch weitere Vertiefung bereits bestehender Kontakte zu Kommunen, Institutionen und Vereinen in den hessischen Partnerregionen Emilia-Romagna in Italien, Aquitaine in Frankreich und Wielkopolska in Polen.

Die Abteilung Europa- und internationale Angelegenheiten der Hessischen Staatskanzlei koordiniert die Zusammenstellung eines ausführlichen Programmheftes für diese Woche sowie von Ankündigungspaketen. Veranstalter können diese Materialien kostenfrei für sich nutzen. Interessenten können ein Anmeldeformular für ihre Veranstaltung unter www.hessen.de abrufen. Einsendeschluss ist der 15. Februar 2006.

Auch im kommenden Jahr wird es möglich sein, einige Veranstaltungen, die im Rahmen der Europawoche durchgeführt werden, finanziell zu unterstützen. Aufgrund der Haushaltslage sind die Mittel jedoch eng begrenzt. Bei der Beantragung ist zu beachten, dass die Veranstaltungen die Themenschwerpunkte oder andere Hauptthemen der europäischen Politik berücksichtigen. Anträge auf Gewährung einer Zuwendung sind ebenfalls bis zum 15. Februar 2006 unter Vorlage einer Projektbeschreibung sowie eines detaillierten Kosten- und Finanzierungsplanes einzureichen. Es wird einzeln geprüft, generelle Förderzusagen sind ausgeschlossen.